Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Neben Wissen, Humor", zuzüglich „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., einschließlich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.96 M. zuzüglich Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12701. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 8 mm große Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Vorschreiben 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 19 | Dresden, Donnerstag, den 23. Januar 1930 | 41. Jahrgang

Drohung mit Regierungskrise

Gezeter der Bürgerlichen über die Forderungen der Sozialdemokratie

Wie's euch gefällt!

Die entscheidenden Körperschaften der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften haben einige politische Forderungen aufgestellt, mit denen der wachsenden Not der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden soll. Vor allem werden eine Neuregelung der Krisenfürsorge und die Sicherstellung des sozialen Bedarfs für die Erwerbslosenunterstützung gefordert. Wir brachten diesen Beschluß gestern und führten die Deutsche Allgemeine Zeitung an, die sich über diese radikalen Forderungen entrüstet. So ähnlich ärgert die ganze kapitalistische Presse. Die Naziblätter schweigen sich als verkappte, aber treue Knechte des Kapitalismus aus. Ein völkisches Blatt, die Deutsche Zeitung, sagt lediglich:

„Wir sind erst im Anfangsstadium der politischen Beratungen. Die wirklichen Schwierigkeiten werden sich erst zeigen, wenn das außenpolitische Thema der Haager Konferenz in das innerpolitische Thema der politischen und wirtschaftlichen Folgerungen übergeht, die bei einer etwaigen Annahme des Young-Planes gezogen werden müssen. Das deutsche Volk muß sich auf Kämpfe schwerster Art gefaßt machen."

Der deutschnationale „Tag" des Herrn Hugenberg schließlich spricht von „Gerüchten über Neuwahlen und sagt, daß gegen den jüngsten Beschluß der sozialdemokratischen Zentralinstanzen und der Gewerkschaften ein „scharfer Protest fast aller bürgerlichen Parteien angemeldet worden ist ..." Die Sozialdemokratie kann diesem „Protest" mit Ruhe entgegensehen. Wenn sie den bürgerlichen Parteien in der Regierung unbequem wird, so mögen sie die Verantwortung vor dem Volke selbst übernehmen. Die Sozialdemokratie wird sich in der Oppositionsstellung gerade gegenwärtig wohler fühlen und für die Forderungen der Massen schärfer kämpfen können, als wenn sie mit Regierungsverantwortlichkeit belastet ist.

•

Heute beginnt der Reichstag!

Der Vorwärts schreibt zu der kommenden Debatte im Reichstag: Sachlich werden die Finanzprobleme und die mit ihnen zusammenhängenden Reichsbankangelegenheiten Anlaß zu schweren Auseinandersetzungen geben. Rechtsstehende Organe sehen bereits als ihre Folge eine parlamentarische Krise und das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung voraus. Zur Stützung ihrer Auffassung zitieren sie u. a. einen Beschluß des erweiterten sozialdemokratischen Bezirksvorstandes von Ostsachsen, der die Reichstagsfraktion zum Ausscheiden aus der Koalition auffordert für den Fall, daß die bürgerlichen Parteien auf der Herabsetzung der Besitzsteuern bestehen sollten. Daß sich gerade in diesem Punkte der Konflikt entzünden könnte, halten wir für weniger wahrscheinlich, da ja angesichts der schwierigen Finanzlage von irgend wie erheblichen Steuersenkungen gar nicht die Rede sein kann. Es wird sich im Gegenteil die Notwendigkeit herausstellen, dem Reich neue Steuerquellen zu erschließen. Auch wir halten den Ausbruch einer Krise nach der Erledigung des Young-Planes für nicht wahrscheinlich, meinen aber nicht, daß der Rückweg in eine resignierende oder wartende Stellung das Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein könnte. Wir würden vielmehr in einen solchen Konflikt hineingehen in der Absicht, nicht den andern das Feld zu überlassen, sondern mit ihnen schärfer als bisher zu kämpfen.

• • •

Ueber 2 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung lag nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 15. Januar dicht an 2,050 Millionen. Damit ist ungefähr der Stand des Vorjahres erreicht.

•

230 000 Menschen in Breslau ohne Mittel

O. Breslau, 23. Januar. (Eig. Funk.) Die Stadt Breslau zählt zur Zeit allein 68 000 Arbeitslose. Fast 78 000 Familien müssen von der Stadt im Wege der Wohlfahrtspflege und Erwerbslosenfürsorge ernährt werden. Rechnet man auf jede Familie nur drei Personen, dann ergibt sich, daß in einer Stadt von 600 000 Einwohnern rund 230 000 Menschen aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. Die Notrufe der Stadt Breslau sind also verständlich.

•

Jeder vierte Arbeiter arbeitslos!

In Oesterreich wurden nach den amtlichen Zählungen am 15. Januar 254 637 Arbeitslose unterstützt, d. h. 28 100 mehr als Ende Dezember. Etwa 38 000 angemeldete Arbeitslose sind ohne Unterstützung. Von rund 1 200 000 Arbeitern sind also fast 300 000 ohne Arbeit. Jeder vierte Arbeiter ist in Oesterreich arbeitslos.

•

Auch in Polen 25 Prozent arbeitslos!

Warschau, 22. Januar. Die Zahl der Arbeitslosen in ganz Polen ist neuerdings auf eine Viertelmillion gestiegen und erreicht damit etwa 25 v. H. der gesamten gewerblichen Arbeiterschaft des Landes. Die Regierung hat sich jetzt zu einer kleinen Erweiterung ihrer ungenügenden Maßnahmen zur Arbeitslosenunterstützung veranlaßt gesehen. In mehreren Orten ist es zu Demonstrationen gekommen, wobei es zahlreiche Verwundete gab. Ein Demonstrant wurde erschossen.

Hoffnungen der Regierung, durch die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche eine erhebliche Produktionssteigerung zu erzielen, sind bisher unerfüllt geblieben. In der Kohlen- und Naphthaindustrie sowie auf andern Gebieten ist vielmehr ein Rückschlag in der Förderung eingetreten. Die Stellung von Ersatzleuten bei den qualifizierten Arbeitern stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Ueberhaupt ist seit dem Eintritt des neuen Kalenders der ganze Arbeitsprozeß erschwert und verlangsamt worden, weil jeweils einer, der gebraucht wird, seinen Ruhetag hat. Am schlimmsten wirken sich die gesetzmäßig dekretierten Zustände bei den Behörden aus. Es mag sein, daß sie auf die Dauer behoben werden können. Aber sie können wiederum nur behoben werden auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Hakenkreuz über Weimar

Von F. Petrich, Gera

„Wir treiben in Deutschland einem großen Bürgerkrieg entgegen. Wenn wir uns jetzt in Thüringen zur Mitwirkung an der Regierung entschlossen haben, dann bedeutet das keinen Verzicht auf unser Programm, sondern unseren eisernen Willen, in diesem schönen Lande unsere Grundgedanken einzuführen, und wir werden dabei keinen Zentimeter von unserem Glaubensbekenntnis abgehen. Unser Kampf gilt unserem Volke und Vaterlande und wer unseres Volkes Feind ist, der steht logischerweise in uns seinen Todfeind! Versöhnung gibt es für uns nicht! Es gibt nur eins: Rettung unseres Volkes, und wenn es sein muß, durch Erledigung unserer Gegner!"

Hitler in einer Rede am 10. Januar in Weimar vor bürgerlichen Partei- und Wirtschaftsvertretern.

Der vielgerühmte „Geist von Weimar", als dessen Hüter und Erbe das deutsche Bürgertum sich gern aufspielt, erfährt in diesen Wochen eine vortreffliche Illustration: das Hakenkreuz weht über der thüringischen Landeshauptstadt, der Stadt Goethes und Schillers. Ein Bannerträger der Hakenkreuzpartei, der berüchtigte Putschist Dr. Frick, das rupvoigtite Mitglied des Reichstages, ist zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister erkoren. Der Landbund hat bei dieser Regierungsbildung die Führung gehabt, die Deutsche Volkspartei leistete Sekundantendienste, und die Hakenkreuzmänner, an Stelle der zusammengeschmolzenen Demokraten das Zünglein an der Waage geworden, nutzten ihre günstige Position weidlich aus. Es ist charakteristisch, daß Hitler in höchsteigener Person nach Weimar eilte, vor versammelten Bürgerblockvertretern eine der üblichen Droh- und Brandreden hielt, die der sich zierenden Volkspartei den letzten entscheidenden Stoß versetzte: die Partei Gustav Stresemanns, in den Augen unverbesserlicher Illusionisten eine „Verfassungspartei", hat den politischen Pakt mit den Todfeinden der Verfassung geschlossen, die bei ihrem Einzug in die Regierung den Bürgerkrieg und Meuchelmord verkünden.

Man soll freilich die ultraradikalen Phrasen Hitlers nicht allzu tragisch nehmen: wenn auch nur ein Prozent der hemmungslosen Drohungen Wirklichkeit geworden wäre, die er während der letzten zehn Jahre prediate, dann wäre in Deutschland kein Stein mehr auf dem andern. Und die Ankündigung, daß von den eigenen Grundsätzen nicht ein Zentimeter preisgegeben wird, ist zweifellos auch nur zu der eigenen Befriedigung Hitlers und zur Beruhigung seiner mißtrauischen Anhänger gesprochen. Hitler hat schon mehr als einmal bewiesen, daß er „Realpolitiker" sein kann, wenn die Situation es erfordert. Schließlich sind die großkapitalistischen Geldgeber der Hakenkreuzpartei jederzeit in der Lage, ihrem Propheten die Luft abzuschneiden.

Das vermindert den Ernst der Lage durchaus nicht etwa, sondern zeigt ihn vielmehr erst in vollem Umfange an: die Hakenkreuzpartei ist für alle bürgerlichen Parteien bündnisfähig geworden, die Bürgerblockidee, deren Verfechter unausgesetzt an der Arbeit sind, hat hier unbegrenzte Möglichkeiten bekommen. In den Ländern und Gemeinden (Sachsen, Mecklenburg, Thüringen, Württemberg, Chemnitz, Zwickau, Berlin, Stuttgart) erfolgt die praktische Ausprobierung. Wird es gehen? Jedenfalls sind wir Zeugen einer großangelegten bürgerlich-kapitalistischen Klassenpolitik, deren jüngste und aktivste Bahnbrecher die Ritter vom Hakenkreuz sind. Die Selbstentlarvung der unentwegten „Nationalsozialisten" ist nicht so übel; es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, bis

Der proletarische Kalender

SPD. Das Problem der ununterbrochenen Arbeitswoche ist in der Sowjetunion Wirklichkeit geworden. Als seinerzeit in Rußland der siebenstündige Arbeitstag proklamiert wurde, dessen Durchführung in der Praxis keineswegs gewährleistet und der durch die Einführung des sozialistischen Wettbewerbs zum Teil längst aufgehoben ist, traten die sowjetistischen Wirtschaftskreise mit den Forderungen nach einer vereinheitlichten Befehlsgewalt in den Fabriken, Intensivierung der Arbeitsleistung, Hebung der Arbeitsdisziplin und Rationalisierung des Produktionsprozesses hervor. Gleichzeitig wurde von den antireligiösen Kreisen die Beseitigung der christlichen Feiertage einschließlich des Sonntags gefordert. Aus diesen gemeinsamen Forderungen, in denen sich wirtschaftliche Not und antireligiöse Propaganda ergänzten, entstand der neue proletarische Kalender.

Danach hat das Jahr 12 Monate zu je 6 Wochen mit je 5 Tagen. Der Sonnabend und Sonntag fallen als Wochentage fort. Auch kirchliche Feiertage gibt es nicht mehr. Es bleiben nur 5 Revolutionsfeiertage: Der 22. Januar, der Todestag Lenins und gleichzeitig Gedenktag der Revolution von 1905, der 1. und 2. Mai als Tag der Internationale, sowie der 7. und 8. November als Feiertage der Oktoberrevolution 1917. Diese 5 Revolutionsfeiertage sollen ohne Datum um die entsprechende Zeit eingeschoben werden. Der Schalttag soll aller 1 Jahre als Tag der Industrialisierung gefeiert werden.

In jeder Woche mit ihren 5 Tagen folgt nach dem 4. Arbeitstag ein Ruhetag, so daß jeweils ein Fünftel der Belegschaft täglich feiert. Da es einen gemeinsamen Ruhetag, den Sonntag, nicht mehr gibt, so hat in den meisten Fällen jedes Familienmitglied an einem andern Wochentag seinen Ruhetag. Der Vater am Montag, die Mutter am Dienstag, der Sohn am Donnerstag, die Tochter am Freitag. Der Sonntag ist torpediert, und darauf kam es der Sowjetregierung hauptsächlich an. An einem Sonntag kann man sich mit seiner Familie, mit seinen Freunden beraten, die Sorgen teilen, ja man könnte sogar zusammentreffen, um zu demonstrieren. Diese Möglichkeiten sind durch den proletarischen Kalender im freien Reich der Arbeiter und Bauern ausgeschaltet. Gewiß, der Arbeiter hat jede Woche seinen Ruhetag, aber wie er selbst über diesen Ruhetag denkt, zeigen die Auslassungen der bolschewistischen Moskauer Rabotschaja Gazetta, die in ihrer Nummer 10 schreibt: „Der fünfte Tag ist ein verlorener Tag. Daran, seinen Ausgehtag vernünftig als Ruhetag zu verbringen, ist nicht zu denken. An diesem Tage gibt es weder Ausflüge noch Theaterbesuche. Die Arbeiter sitzen zu Hause und müssen sich mit der gewöhnlichen Weiberarbeit Waschen, Kochen usw., beschäftigen."

Man vergleiche diese bolschewistische Stimme mit den Lobeshymnen der kommunistischen Presse über den proletarischen Kalender. Das Tempo des Fünfjahrplanes wurde durch den proletarischen Kalender gewissermaßen auf die Maschine übertragen. Kein Ruhetag für die Maschine war gleichzeitig die Losung, die die Sowjetregierung mit ihrer neuen „Tat" verfolgte. Und der Erfolg? Die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300123/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG